



Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Patienten mit Chronic Fatigue Syndrom ernst nehmen und Behandlungsstrukturen schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept auszuarbeiten, wie Patienten mit dem Chronic Fatigue Syndrom (CFS) bzw. myalgischer Enzephalomyelitis (ME) in Bayern besser versorgt werden können und sich mit ihrer Erkrankung besser ernst genommen fühlen. Insbesondere ist zu erarbeiten, wie Anlaufstellen geschaffen, Mediziner für das Thema besser sensibilisiert werden können und die Einrichtung von interdisziplinären Fachstellen an Universitätskliniken angeregt werden kann.

Begründung:

240 000 Menschen in Deutschland und vermutlich 35 000 Menschen in Bayern leiden an dem CFS. Die Ursachen sind oft nicht abschließend geklärt, viele Patienten werden und wurden lange falsch diagnostiziert und therapiert, weil die Ärzte eine psychische Erkrankung zugrunde legen. In Bayern gibt es nur im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin Einrichtungen, die aber im Schwerpunkt postinfektiöse CFS-Patienten betreuen. Zwar sind an den meisten Universitätskliniken Forschungsprojekte im Gange, viele Patienten wenden sich aber eher an das Charité Fatigue Centrum in Berlin, da dies die einzige interdisziplinäre Forschungs- und Behandlungseinrichtung in Deutschland ist.

Der Freistaat ist deshalb gefordert, dafür zu sorgen, dass CFS-Patienten ernst genommen werden und bessere Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Es soll deshalb ein Konzept erstellt werden, wie Anlaufstellen für Patienten mit dem CFS geschaffen werden können, Mediziner besser für die Thematik sensibilisiert werden und wie angeregt werden kann, dass aus den vorhandenen Forschungsprojekten der Universitätskliniken eine Einrichtung geschaffen werden könnte, wie sie in Berlin ihresgleichen sucht. Mittelfristig wäre es wünschenswert, wenn daraus ein Kompetenzzentrum für Süddeutschland entstehen würde.